

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag, Besondere: Bei Abwesenheit in der Geschäftsstunde und den Ausgabestellen 2 Mal im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., wogegen Abgabe 15 Wg. die Wochenblätter **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** 20 Wg. und **Wochenblatt für die Umgegend** 10 Wg. enthalten. Die Wilsdruffer Tagesblätter sind in jeder Zeit bei den Verlegern zu beziehen. — Abbestellung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn vorher besichtigt.

Abbestellung: Die Wilsdruffer Tagesblätter sind in jeder Zeit bei den Verlegern zu beziehen. — Abbestellung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn vorher besichtigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 197. 85. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 24. August 1926

Marg über Außenpolitik.

Eins der wichtigsten Ereignisse der augenblicklichen Rathhollenderversammlung in Dresden war ohne Zweifel die Rede des Reichsanzlers Dr. Marg über die Außenpolitik. Er hat sie zwar nicht in einer der großen öffentlichen Versammlungen gehalten, da man diesen einen möglichst unpolitischen Charakter erhalten wollte und deshalb von der Erörterung aller Fragen der großen Politik Abstand nahm. Der Kanzler sprach aus der den eigentlichen Festlichkeiten vorausgehenden Generalversammlung des Augustinervereins. Das ändert aber nichts an der Bedeutung der Rede, die eine ernste Mahnung an unsere früheren Kriegsgegner bedeutet und zeigt, daß Deutschlands Geduld trotz aller bisher gezeigten Entgegenkommens doch nicht unerschöpflich sein dürfte. Natürlich mußte der Kanzler bei der Formulierung des Textes eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legen, die ja überhaupt ein Charakterzug seines Wesens ist. Immerhin wurde er so klar, daß er nicht mißverstanden werden konnte.

Wie nicht anders zu erwarten war, ging Marg von den Locarnoabmachungen aus. Er mußte da gleich etwas Wasser in den Becher derjenigen schütten, die zu große Hoffnungen an diese Zeit geknüpft und geglaubt hatten, daß namentlich die Verabminderung der Weisungssätze sich jetzt in einem außerordentlich schnellen Tempo vollziehen werde. Wir wollen hoffen, daß Dr. Marg recht behält, wenn er für die nächste Zeit wenigstens eine immerhin nicht unbedeutende Herabsetzung der feindlichen Truppenzahl ankündigen zu können glaubt. Man darf nicht vergessen, daß in Frankreich jetzt wieder Poincaré am Ruder ist. Wenn gleich die katastrophale Entwicklung des Franken ihn dazu zwingen dürfte, wenigstens nicht öffentlich Briand's Pläne zu durchkreuzen, so genügt doch schon seine Anwesenheit an der wichtigsten leitenden Stelle, daß sein Geist überall in Frankreich sich wieder regt. Das haben wir ja jetzt erst erfahren, wo von Paris aus die hoffnungsvoll eingeleiteten Schritte wegen Rückgabe von Eupen-Malmédy unwirksam gemacht wurden. Allerdings kann Frankreich auch anders, zumal, wenn es gilt, in irgendeinem anderen Lande außer in Deutschland Eindruck zu machen. Das dürfte der Grund gewesen sein, weshalb das französische Kriegsministerium so schnell den Wünschen einer niederländischen Gesellschaft entsprach, die an der französischen Besetzung auf dem alten Stammschloß der Oranier, Oranienstein bei Diez, Aufschuß nahm. Das deutsche Volk verlangt eben letzten Endes nicht nur Verabminderung der fremden Truppenzahl, sondern ihre restlose Zurückziehung. Geschieht das nicht, so muß die Meinung auskommen, daß der Weg nach Locarno ein vergebliches Opfer gewesen ist. Daran sollen unsere Unterhändler in Genf wieder denken.

Es ist erfreulich, zu sehen, daß Deutschland in Genf diesmal nicht wieder der Zuschauer eines solchen Spiels sein will, wie man es dieses Frühjahr mit ihm trieb. Es will erst Klarheit haben, was man vorhat, ehe es sich nach Genf begibt. Vielleicht gibt auch die Zwischenzeit noch Gelegenheit, andere Punkte aufzuklären. Da ist in erster Linie die Kolonialfrage, die dem deutschen Volke besonders am Herzen liegt. Mit dem Versprechen allein, daß Deutschland als Völkerbundmitglied wie alle anderen unter Umständen einmal ein Kolonialmandat bekommen könnte, darf es allein nicht getan sein. Hier muß man uns bestimmte Zusicherungen geben. Die Kolonien hatte man uns im Friedensvertrage bekanntlich fortgenommen unter dem Vorwande, als wäre Deutschland nicht imstande gewesen, eine wirksame Kolonisierung zu betreiben. Charakteristisch dafür sind ja die Unwahrheiten über die angebliche Mißhandlung der Eingeborenen. Hier hat glücklicherweise ein britisches Mandatsgebiet bahnbrechend gewirkt, indem Südwesafrika einfach das englische Mandatbuch mit diesen Märdern, die den Kolonialraub vorbereiteten, als das bezeichnete, was es war, als Kriegspropaganda; seine Vernichtung wurde befohlen. Hier haben Kenner eingeschrien, die sich an Ort und Stelle überzeugen konnten, wie einwandfrei die deutsche Verwaltung gearbeitet hat. Vielleicht schlägt einmal Belgien in seinen eigenen Archiven nach, da wird es finden, daß England gegen dieses Land, um den Congo einmal einzubeziehen, ein ähnliches Verfahren einschlug, das die belgische Regierung zur Herausgabe jener blauen Hefte zwang, die sie über die ganze Welt verbreitete und worin sie gegen die britischen Anschuldigungen über angebliche belgische Barbarei im Kongostaate Stellung nahm. Belgien ist nun Englands Verbündeter und man erinnert sich wohl in London nicht mehr gern an diese Dinge. Aber immerhin ist es gut, die Welt noch einmal darauf hinzuweisen, damit sie weiß, was es mit solchen Anschuldigungen auf sich hat. Südwesafrika hat Deutschlands kolonialistische Fähigkeit anerkannt. Deshalb kann es verlangen, daß es nicht mit leeren Versprechungen in Genf abgepeist wird, sondern daß ihm bindende Zusagen gemacht werden.

Ein Gesetzentwurf über die Einschätzung der Liegenschaften. Berlin. Im Preussischen Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Nachprüfung und Berichtigung der auf Grund des Gesetzes betreffend die anderweitige Regelung der Grundsteuer vom 21. Mai 1861 erfolgten Einschätzung der Liegenschaften eingegangen.

Bürgerliche Sammlung in Sachsen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Dresden, 24. August. Der Sächsische Wehrverband, der vor kurzem mit einem Appell betr. bürgerlichen Zusammenschlusses für die kommenden sächsischen Landtagswahlen an die Öffentlichkeit getreten ist und andererseits die Deutsche Volkspartei gegen heute bekannt, daß die zwischen ihnen gepflogenen Verhandlungen für den Sammlungsgedanken einen günstigen Verlauf nahmen.

Poincaré hintertrieb die Verständigung mit Belgien.

Berlin, 23. August. In der energischen Zurückweisung der Alarmmeldungen der ausländischen Presse über Eupen-Malmédy findet die Reichsregierung die Unterstützung der gesamten Presse. In sämtlichen Kommentaren wird darauf hingewiesen, daß die Besprechungen zwischen Belgien und Deutschland bereits so weit gefördert gewesen seien, daß die vor wenigen Tagen noch von einer sachlichen Einigung hätte gesprochen werden können, die nur noch der förmlichen Befestigung durch die Kabinette beider Staaten harrte. Das demokratische „V. T.“ macht heute Poincaré für den Verstoß, die deutsche Außenpolitik zu distanzieren, verantwortlich. Es schreibt u. a.: Wir wollen nochmals betonen, daß mehrere belgische Minister, wie die Herren Franqui und Vandervelde, mit der Stellungnahme des Herrn Dorspar zu den Verhandlungen über Eupen-Malmédy sicherlich einverstanden gewesen sein dürften, daß die letzten Vorschläge über die Rückgabe von belgischer Seite formuliert wurden, und zwar gerade, als das Dokument und der Rückzug des Herrn Dorspar erfolgten, der Besuch einer mit den Verhandlungen befaßten belgischen Persönlichkeit in Berlin angekündigt worden war. Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß Herr Poincaré die belgische Regierung zum Verzicht auf das für die belgischen Finanzen sehr vorteilhafte Projekt bewegen und durch seine persönliche Intervention eine Einigung zwischen Deutschland und Belgien verhindert hat. Briand und Chamberlain hatten eine abwartende Haltung eingenommen. Der britische Außenminister anscheinend eine etwas lässig abwartende, die nicht allzuviel vom „Locarno-Geist“ spüren ließ. Poincaré, der immer mehr Briand in den Hintergrund zu schieben versucht, mischte sich mit außerordentlicher Betriebsamkeit in dem Augenblick ein, wo der deutsch-belgische Verständigungsplan, der für das Verhältnis zwischen den beiden Ländern von größter Bedeutung werden und dem Entstehen einer wahren Friedensstimmung dienlich sein konnte, der Verwirklichung nahe schien. Er hat dadurch bewiesen, daß er nach wie vor jeder europäischen Idee verschlossen und der Gegner wirklichen Friedens ist.

Die belgische Regierung wünscht den belgischen Anschluß an das Eisenkartell

Brüssel, 24. August. Die belgische Regierung hat verstanden lassen, sie bestimme unbedingt den Anschluß der belgischen Eisenindustrie an das Internationale Eisenkartell. Sie werde sich daher bemühen, die belgischen Industriellen zur Annahme der Bestimmungen des Kartellvertrages zu bringen.

Der griechische Staatsstreich

Die Umwälzung ging vollständig unblutig vor sich. Nachts drangen die Truppen der Garnison und die Republikanische Garde in Athen ein und besetzten die Post und das Telegraphenamt, das Kriegsministerium sowie die übrigen Ämter. Kriegsminister General Terzulis begab sich noch während der Nacht nach der Kaserne der Republikanischen Garde, die als Pangalosstreue galt, um dem Aufstand militärisch entgegenzutreten. Er wurde jedoch unmittelbar bei dem Betreten der Kaserne verhaftet. Das Regime Pangalos ist radikal zusammengebrochen, denn außer der Garnison in Athen haben sich alle Garnisonen, die von Saloniki, Patras und den anderen großen Städten, ebenso wie die Flotte, gegen Pangalos ausgesprochen. Die von Pangalos verhafteten politischen Führer und Offiziere, darunter Papanastasiu, Cassandaris und Metaxas, sind sofort auf freien Fuß gesetzt worden.

Hindenburg in Bayern.

Besuch bei Forstrat Dr. Escherich. Sonntag traf Reichspräsident v. Hindenburg mit dem jahrelangmehrigem Buge in München ein. In seiner Begleitung befand sich nur sein Sohn, Major v. Hindenburg, und sein Diener. Auf dem Hauptbahnhof in München hatten sich Oberregierungsrat Munk, Oberamtmann Hubenbauer von der Reichseisenbahngesellschaft und Oberregierungsrat Bernreuter von der Polizeidirektion München eingefunden. Der Sonderwagen des Reichspräsidenten wurde dann nach Mühldorf abgehenden Zug bis zur Station Ebnau-Masbach angeschlossen. Von dort

Pangalos' Gefangennahme.

Der bisherige Nachthaber Pangalos wohnte seit mehreren Wochen auf der Insel Syrakus und hatte das Kriegsschiff „Pergamos“ zu seiner Verfügung. Außerdem verfügte er über ein Flugzeug. Nachdem er erfahren hatte, daß Admiral Konduriotis seine Verhaftung angeordnet habe, versuchte er im Flugzeug zu entkommen, wurde aber daran durch den Gouverneur der Insel gehindert, der bereits seinen Verhaftungsbefehl erhalten hatte.

Pangalos wurde auf das Kriegsschiff gebracht, das Kurs nach Athen nahm. Unterwegs gelang es Pangalos, den Kommandanten des Schiffes für seine Sache zu gewinnen und ihn zur Kursänderung zu veranlassen. Mehrere Wasserflugzeuge, die das Schiff begleitet hatten, nahmen sofort die Verfolgung auf, ebenso zwei Torpedobootzerstörer. Dem Zerstörer „Leon“ gelang es, das Kriegsschiff „Pergamos“ zu überholen und Pangalos zu verhaften. Der Zerstörer „Leon“ ist mit Pangalos an Bord in Keratini eingetroffen. General Konduriotis erklärte, er werde Pangalos vor ein Kriegsgericht stellen.

Eine weitere Meldung besagt, daß es vor der Verhaftung des Generals Pangalos zwischen der „Pergamos“, auf der sich Pangalos befand, und den Zerstörern „Leon“ und „Aikis“ zu einem kurzen Gefecht gekommen ist.



Pangalos.

Proklamation an das Volk.

Militärflugzeuge warfen über Athen eine Proklamation der neuen Nachthaber ab, in der die Abschaffung der Tyrannie des Generals Pangalos und die Einsetzung eines neuen Regimes, das die gesellschaftliche Ordnung und die verfassungsmäßige Freiheit wiederherstellen soll, angekündigt werden. Binnen acht Monaten sollen Parlamentswahlen vorgenommen werden. Die Bewegung scheint überall gegliedert zu sein, ohne auf Widerstand zu stoßen. Die Garnisonen von Saloniki, Patras und den anderen großen Städten haben sich zum Einstimmen ausgesprochen, ebenso auch die Flotte. Konstantin wird alsbald das Ministerium bilden. Er selbst wird den Posten des Ministerpräsidenten übernehmen. Präsident Konduriotis hat sich nach Athen begeben.

Umstellung der japanischen Auswanderungspolitik

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 24. August. Einem Telegramm aus Tokio zufolge hat am Montag ein Mitglied des japanischen Auswärtigen Amtes erklärt, Japan habe seine gesamte Auswanderungspolitik geändert, nachdem es die Auflosigkeit seiner früheren Anstrengungen eingesehen habe, seine Bevölkerung dahin zu senden, wo sie nicht erwünscht werde. Japan beabsichtige in Zukunft, Holfoido, Formosa und seine anderen Besitzungen zu kolonisieren und seine Auswanderer mehr nach Australien, Kanada und nach anderen Ländern zu senden. Der Entwurf des neuen Auswanderungsprogrammes werde dem Parlament in der kommenden Session vorgelegt werden.

nur Hindenburg im Auto weiter nach Wien. Hier besuchte er den bekannten Forstrat Dr. Escherich, dessen Antisemitismus und Wirkungsstreich Wien und der Zengau ist. Der Besuch zug privaten Charakter. Der Reichspräsident nahm bei einem Gastgeber ein Frühstück ein. Ein kurzer Spaziergang durch den Ort folgte. Nachmittags fuhr der Reichspräsident zum Münchener Hauptbahnhof zurück, wo auch ein offizieller Empfang stattfand. Doch hatte sich der Reichsgesandte in München, Dr. Daniel, eingefunden. Dann erfolgte die Weiterfahrt Hindenburgs nach seinem Reiseziel Dietramszell, wo er drei Wochen Urlaub zu verbringen gedenkt.